

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN FÜR DIE BÜRGERINNEN UND BÜRGER

Plenum, Ausschüsse, Gesetzgebung & Hintergründe

49. Jahrgang · 17. Wahlperiode · Ausgabe 5 · 23. Mai 2018

Aktuelle Stunde

Vom 25. Mai 2018 an gelten neue europäische Datenschutzregeln. Um die Auswirkungen insbesondere auf Wirtschaft und Ehrenamt ging es in einer Aktuellen Stunde auf Antrag von CDU und FDP. S. 3

Plenum

Die Verbesserung des Impfschutzes, die digitale Ausstattung an Schulen oder die Finanzsituation der Kommunen – nur drei der zahlreichen Themen, die der Landtag im Mai debattierte. S. 4-5

Rückkehr zu G9

Das Abitur nach neun Jahren (G9) soll an den Gymnasien in NRW wieder zur Regel werden. Zum Gesetzentwurf der Landesregierung äußerten sich zahlreiche Sachverständige in einer Anhörung. S. 7-9

Ausschüsse

In den Fachausschüssen debattierten die Abgeordneten im Mai über aktuelle Themen wie die Privatisierung des Casinobetreibers „Westspiel“ und den Englischunterricht an Grundschulen. S. 14

70 Jahre Israel

Festveranstaltung zum Jubiläum

INHALT



Foto: Schälte

Zurück zum Abi nach neun Jahren

<u>Sachverständige äußerten sich in Anhörung zu G9</u>	S. 7
<u>Standpunkte</u>	S. 8

Aus dem Plenum

<u>Vom Umgang mit den Daten</u> ...	S. 3
<u>Meldungen</u>	S. 4

<u>Gesetzgebung</u>	S. 6
---------------------------	------

Titelthema

<u>Landtag erinnert an die Gründung des Staates</u>	
<u>Israel vor 70 Jahren</u>	S. 10

<u>Aus den Fraktionen</u>	S. 12
---------------------------------	-------

<u>Aus den Ausschüssen</u>	
<u>Meldungen</u>	S. 14

<u>Im Porträt</u>	
<u>Arndt Klocke (Grüne)</u>	S. 15

<u>Kurz notiert</u>	S. 16
---------------------------	-------

Leserservice und kostenloses Abonnement

Sie sind umgezogen und haben eine neue Adresse oder möchten Landtag Intern kostenfrei abonnieren?
Dann wenden Sie sich bitte postalisch, telefonisch oder per E-Mail an die Pressestelle des Landtags NRW,
Telefon (0211) 884-2851, Fax (0211) 884-2250, email@landtag.nrw.de
Vielen Dank! Ihre Landtag-Intern-Redaktion

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf
Redaktion (Red): Michael Zabka (zab), Wibke Busch (wib), Dr. Stephan Malessa (sam), Susanne Ellert (ell), Thomas Becker (tob), Bernd Schälte (bs, Bildredaktion); Telefon (0211) 884-2472 (zab), 884-2850 (wib), 884-2442 (sam), 884-2107 (ell), 884-2309, 884-2304 (tob), (bs), Fax 884-2250, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Parlamentarische Geschäftsführer/-innen: Matthias Kerkhoff (CDU), Sarah Philipp (SPD), Henning Höne (FDP), Verena Schäffer (Grüne), Andreas Keith (AfD), Pressesprecher/-innen: Kai Schumacher (CDU), Frank Uferkamp (SPD), Nadja Kremser (FDP), Jan Miebach (Grüne), Michael Schwarzer (AfD).

Redaktionsschluss: Donnerstag, 17. Mai 2018, 16 Uhr

Auflage: 30.000

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

reha gmbh zur beruflichen und sozialen Teilhabe von Menschen mit Behinderung, Dudweilerstraße 72, 66111 Saarbrücken

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

Landtag Intern wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Weitere Hinweise



www.landtagintern.de

Vom Umgang mit den Daten

Landtag debattiert in Aktueller Stunde über neue EU-Verordnung

16. Mai 2018 – Vom 25. Mai 2018 an gilt die sogenannte Europäische Datenschutzgrundverordnung, abgekürzt: DSGVO. Sie regelt u. a. den Schutz personenbezogener Daten. In einer Aktuellen Stunde, beantragt von den Fraktionen von CDU und FDP, hat der Landtag kontrovers über die Umsetzung und mögliche Folgen der Verordnung debattiert.

Handwerksbetriebe, Freiberufler, Vereinsvertreter und Ehrenamtliche seien besorgt, hieß es im Antrag der Fraktionen („Landtag und Landesregierung müssen jetzt bei der Datenschutzgrundverordnung Korrekturen anmahnen: Bundesregierung bei der besseren Umsetzung der Europäischen Datenschutzgrundverordnung unterstützen!“, 17/2604). Geklagt werde über einen „immens hohen Aufwand, beispielsweise im Umgang mit der Verwaltung von vereinsinternen Mitgliederdatenbanken oder mit der Anpassung von Homepages“.

schen in ihrer Freiheit.“ Allerdings seien die Sorgen der Wirtschaft und des Ehrenamtes nachvollziehbar, die sich nicht richtig vorbereitet fühlten, einen erheblichen bürokratischen Aufwand und „existenzbedrohende“ Bußgelder fürchteten. Die neuen Regeln dürften nicht als „Schikane und Zumutung“ empfunden werden.

Für die SPD-Fraktion kritisierte **Michael Hübner**, dass die Fraktionen von CDU und FDP kurz vor Inkrafttreten der europäischen Richtlinie eine Aktuelle Stunde im Plenum beantragt hätten. Die Datenschutzgrundverordnung stehe

den Datenschutz setzen“, sagte Bolte-Richter, „da machen wir nicht mit.“ Ein einheitlicher Rechtsrahmen bedeute nicht mehr, sondern weniger Bürokratie. Die im Antrag angeführten Beispiele seien „hanebüchen“.

„Vereine, Verbände, kleine und mittelständische Unternehmen ächzen unter der Umsetzung dieses Regulierungsmonsters“, sagte **Sven Tritschler** (AfD). Das „bewährte und strenge deutsche Datenschutzrecht“ werde „auf dem Altar der Harmonisierung geopfert für ein von Lobbyisten diktiertes Flickwerk, das gewaltige



Fotos: Schälte

Für die CDU-Fraktion sagte **Olaf Lehne**, die neuen europäischen Datenschutzregeln seien ein wichtiger Schritt für den Schutz persönlicher Daten. Dennoch seien wesentliche Änderungen notwendig, da die Umsetzung insbesondere für Freiberufler, kleine und mittlere Unternehmen und Ehrenamtliche einen wesentlichen Mehraufwand bedeuteten. Bei ihnen herrsche große Verunsicherung. Eine Entbürokratisierung und eine Vereinfachung seien „dringend geboten“. Die nordrhein-westfälische Koalition unterstütze daher die Bundeskanzlerin, die betont habe, die neue Richtlinie dürfe nicht dazu führen, dass der Umgang mit Daten nicht mehr praktikabel sei.

Angela Freimuth (FDP) betonte ebenfalls die Vorteile der Datenschutzgrundverordnung. Eine europäische Harmonisierung des Datenschutzrechts sei sinnvoll. Die Liberalen begrüßten, dass den Menschen die Kontrolle über ihre Daten wieder zurückgegeben werde. Freimuth betonte: „Der Datenschutz schützt die Men-

seit dem Beschluss des Europaparlamentes von 2016 auf der Agenda. Es sei nicht ausreichend darauf geachtet worden, die Wirtschaft und das Ehrenamt auf die Umsetzung der neuen Regeln vorzubereiten. Er hätte erwartet, dass die Koalition nach den Äußerungen der Bundeskanzlerin in der vergangenen Woche aktiv in Richtung Bundesregierung geworden wäre, anstatt eine Aktuelle Stunde zu beantragen.

„Weniger Bürokratie“

Matthi Bolte-Richter (Grüne) sprach von einer „bemerkenswerten Aktuellen Stunde“. Der Entwurf der Datenschutzgrundverordnung sei vor sechs Jahren vorgelegt, die Verordnung vor zwei Jahren beschlossen worden. Neun Tage vor Inkrafttreten wollten die Fraktionen von CDU und FDP damit nichts mehr zu tun haben. Schwarz-Gelb habe in NRW nicht viel unternommen, um die Reform zu einem Erfolg zu machen, und wolle nun „ein Zeichen gegen

Bürokratiekosten verursacht und Rechtsunsicherheiten schafft, ohne die Daten der Bürger wirklich sicherer zu machen“. Tritschler sprach von einer „Entmachtung nationaler Parlamente und Landtage“ und dem „großen Bruder in Brüssel“. CDU und FDP hätten sich des Themas annehmen müssen, „als noch Zeit dazu war“.

Einige Inhalte der Verordnung seien im Europäischen Parlament durchaus strittig gewesen, sagte Innenminister **Herbert Reul** (CDU). Überwiegende Einigkeit habe jedoch in der Auffassung bestanden, dass ein gemeinsames europäisches Datenschutzrecht ein „riesiger Wert“ sei. Manches, was jetzt beklagt werde, habe es auch in der Vergangenheit bereits gegeben, sagte Reul. Die „große Grundsatzdebatte“ sei beendet. Es gehe nun darum, Handlungsspielräume zu nutzen, um den bürokratischen Aufwand in Grenzen zu halten, und es gehe um praktische Hilfen für Ehrenamtliche, Organisationen und mittelständische Wirtschaftsbetriebe.

wib/zab



AUS DEM PLENUM

Digitale Ausstattung

16.5.2018 – Die SPD-Fraktion hat die Landesregierung in einem Antrag (17/2560) aufgefordert, ein Konzept zur digitalen Ausstattung von Lehrerinnen und Lehrern vorzulegen. Sie würden immer stärker zur Nutzung und zum Einsatz digitaler Medien im Unterricht angeleitet und benötigten u. a. amtsangemessene Dienstrechner. Es könne „auf Dauer nicht angehen, dass sie auf ihre privaten Rechner zurückgreifen“ müssten. Die Fraktion kritisiert in dem Antrag zudem, dass Lehrerinnen und Lehrer eine Richtlinie unterzeichnen sollten, wenn sie ihren privaten Rechner nutzen, um Schülerdaten zu verarbeiten. Damit werde die Verantwortung auf die Schulen geschoben. Die Landesregierung müsse u. a. kurzfristig eine Plattform zur Verarbeitung der sensiblen Daten von Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellen. Der Antrag wurde an den Ausschuss für Schule und Bildung (federführend) überwiesen.

Impfschutz

16.5.2018 – Der Impfschutz in Nordrhein-Westfalen müsse verbessert werden, fordern die Fraktionen von CDU und FDP in ihrem Antrag „Impfen schützt – Kampagne zur Verbesserung des Impfschutzes in Nordrhein-Westfalen“ (17/2563), mit dem sich der Landtag befasst hat. Die Landesregierung solle eine landesweite Kampagne entwickeln, „um die Aufklärung über Impfungen zu stärken, die Eigenverantwortung der Menschen zu fördern, Wissenslücken zu schließen, Misstrauen gegenüber Impfungen zu reduzieren und die Motivation zum Impfen zu steigern“, heißt es im Antrag. Laut Angaben des Robert-Koch-Instituts seien im vergangenen Jahr 929 Erkrankungen an Masern und Röteln registriert worden, davon allein 520 in Nordrhein-Westfalen. Starke Ausbrüche habe es in Duisburg (332) und Essen (53) gegeben. Von Februar bis April 2018 seien in Duisburg erneut mehr als 30 Fälle registriert worden. Zudem gebe es erhebliche Defizite aufgrund fehlender Impfauffrischungen

im Erwachsenenalter: Rund 28,6 Prozent der Erwachsenen seien ohne aktuellen Impfschutz gegen Tetanus und 42,9 Prozent ohne aktuellen Schutz gegen Diphtherie. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Geduldete

16.5.2018 – Die Kosten für die Kommunen durch die Unterbringung von geduldeten Flüchtlingen stehen im Mittelpunkt eines Antrags, den der Landtag auf Antrag der Grünen-Fraktion debattiert hat („Land muss Verantwortung für Geduldete übernehmen und die Kommunen dauerhaft finanziell entlasten“ – 17/2550). Die Fraktion betont in ihrem Antrag, dass Ende November 2017 rund 52.000 Menschen mit einer Duldung in NRW lebten. Die Kosten für die Städte und Gemeinden nähmen weiter zu und dürften bereits jetzt im höheren dreistelligen Millionenbereich liegen. Die Fraktion fordert, dass sich das Land beim Bund für die Übernahme der Kosten einsetzen soll. Bis zu einer Lösung müsse das Land „in einem erheb-



Verpflichtung

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper (r.), hat am 16. Mai 2018 Stefan Engstfeld als neues Mitglied des Parlaments verpflichtet. Der Präsident beglückwünschte den Abgeordneten und betonte: „Ich heiße Sie herzlich willkommen. Auf gute und konstruktive Zusammenarbeit.“ Der Grünen-Politiker Engstfeld aus Düsseldorf rückt für Barbara Steffens (Grüne) nach, die ihr Mandat zum 11. Mai 2018 niedergelegt hatte. Der 48-Jährige gehörte dem Landtag bereits von 2010 bis 2017 an.

Foto: Schälte



lichen Umfang“ die Kosten tragen. Der Antrag wurde zur weiteren Beratung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen (federführend) überwiesen.

Exzellente Lehre würdigen

17.05.2018 – Der Landtag hat die Landesregierung mehrheitlich aufgefordert, die erfolgreiche Lehre an den nordrhein-westfälischen Hochschulen durch einen Landespreis zu würdigen. Der Fokus solle dabei auf herausragenden und innovativen Lehrleistungen liegen, heißt es im Antrag „Mehr Anerkennung für exzellente Lehre“ (17/2564) der Fraktionen von CDU und FDP. Dabei sollen die verschiedenen Hochschularten einzeln betrachtet und insbesondere Lehrformate berücksichtigt werden, die digitale Methoden und Medien verwenden. E-Learning und der Einsatz digitaler Medien und Lehrformate müssten zum Standard an nordrhein-westfälischen Hochschulen werden. „Wir versprechen uns davon zudem Anreize für Lehrende, innovative Lehrformate zu entwickeln und einzusetzen“, schreiben die Fraktionen in ihrem Antrag. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen angenommen. Dagegen stimmte die Fraktion der AfD.

Eröffnung der Ditib-Moschee

17.5.2018 – Die Eröffnung der Ditib-Moschee in Aachen hat den Landtag beschäftigt. Die Yunus-Emre-Moschee war am 12. Mai 2018 nach siebenjähriger Bauzeit im Beisein des Ministerpräsidenten feierlich eröffnet worden. Die AfD-Fraktion hatte dazu eine Aktuelle Stunde beantragt („Armin Laschet erklärt ausgerechnet bei der Eröffnung der Aachener Ditib-Großmoschee, der Islam würde zu NRW gehören – Ist der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens ein Erfüllungsgehilfe des türkisch-nationalistischen Islams?“/17/2605). AfD-Fraktionschef **Markus Wagner** kritisierte die Äußerung von Ministerpräsident Laschet. Damit spalte der Regierungschef das Land.

„NRW ist und bleibt ein weltoffenes und vielseitiges Land“, sagte **Marc Blondin** (CDU) und forderte einen differenzierten Blick auf Ditib und den Islam. Von Ditib erwarte er eine Trennung von Politik und religiöser Seelsorge. **Ibrahim Yetim** (SPD) sagte, der Antrag sei ein „schlecht getarnter Versuch, Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens das Grundrecht auf Glaubensfreiheit abzusprechen“. Gleichwohl sei der Einfluss der Türkei auf die Ditib zu groß. Die Aktuelle Stunde sei der Versuch, das problematische Verhalten der Ditib zu einer Debatte über die Rolle des Islam umzudeuten, sagte **Stephen Paul** (FDP): „Eine Debatte, die geeignet ist, unsere Gesellschaft zu spalten.“ **Berivan Aymaz** (Grüne) betonte, angesichts der „wiederkehrenden, ja, unsäglichen Debatten“, ob Muslime oder der Islam zu Deutschland gehörten, „begrüßen wir ausdrücklich die klaren Worte von Ministerpräsident Laschet, der Muslime und muslimisches Leben selbstverständlich als Teil unserer Gesellschaft erklärt“. Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) wies darauf hin, dass der Staat Religionsgemeinschaften unterstütze, solange diese zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen. Bei der Gemeinde des türkisch-muslimischen Ditib-Verbands in Aachen sei das der Fall, da sie u. a. den interreligiösen Dialog vor Ort fördere.

Aktuelle Stunde

17.5.2018 – In einer Aktuellen Stunde hat sich der Landtag mit dem vermeintlichen Hacker-Angriff auf die zurückgetretene Umweltministerin Christina Schulze Föcking (CDU) befasst. Die Debatte war von den Fraktionen von SPD und Grünen beantragt worden.

Der Antrag trägt den Titel „Ministerpräsident Laschet muss dem Parlament gegenüber Stellung beziehen – welche Kenntnis hatte die Staatskanzlei zum angeblichen Hacker-Angriff auf Ministerin a. D. Schulze Föcking?“ (17/2641)“. Die Fraktionen kritisieren u. a., die Landesregierung habe zu spät darüber informiert, dass es keinen Hacker-Angriff auf das Smart-TV der

früheren Ministerin gegeben hatte. Es handelte sich offensichtlich um einen Bedienfehler.

SPD-Fraktionschef **Thomas Kutschat** sagte, der Fall Schulze Föcking sei zu einem Fall von Ministerpräsident Armin Laschet geworden. Dem Landtag und der Öffentlichkeit seien über Wochen Informationen vorenthalten worden, obwohl es weiter Solidaritätsbekundungen aus den anderen Fraktionen für die Ministerin gegeben habe. Die Vorsitzende der Grünen-Fraktion, **Monika Düker**, sagte: „Der Vertrauensbruch gegenüber dem Parlament wiegt schwer.“ Die „Imagepflege einer angeschlagenen Ministerin“ sei der Landesregierung wichtiger gewesen als die „korrekte Information der Öffentlichkeit“. Dies müsse weitere Konsequenzen haben.

„Hetzen, bis der Mensch erledigt ist, auf den Sie es abgesehen haben“ – dies sei die Methode von SPD und Grünen, sagte **Helmut Seifen** (AfD). Er sprach von „Abgründen der Unmenschlichkeit“. Für das „persönliche Desaster“ der ehemaligen Ministerin sei der Ministerpräsident mitverantwortlich: „Sie haben Ihre Kollegin im Stich gelassen.“ Ministerpräsident **Armin Laschet** (CDU) sagte, als Ministerpräsident kommuniziere er „prinzipiell nicht zu laufenden Ermittlungsverfahren“. Und bis heute liege der Abschlussbericht der Staatsanwaltschaft nicht vor. Finanzminister Lutz Lienenkämper (CDU) habe am Vortag in der Fragestunde das Parlament detailliert informiert. Die Opposition habe in der Debatte „jedes Maß und jede Mitte“ verloren, sagte **Henning Höne** (FDP). Er fragte: „Geht es Ihnen noch um die Aufklärung von Sachverhalten oder um die Bekämpfung dieser Landesregierung?“ Der Ministerpräsident und auch der Finanzminister hätten den Landtag umfassend informiert. „Sie wollen nicht verstehen“, sagte CDU-Fraktionschef **Bodo Löttgen** zur Kritik von SPD und Grünen. Es sei der durchschaubare Versuch, eine „hervorragende Arbeitsbilanz der NRW-Koalition“ zu torpedieren. Er warf dem SPD-Fraktionschef vor, „Fakten zu ignorieren“ und „objektive Wahrheiten zu subjektiven Unwahrheiten umzudeuten“.

Laufende Gesetzgebung

Reihenfolge: Name des Gesetzes | Drucksachennummer | Antragsteller | ggf. federführender Ausschuss | Beratungsstand

Gesetz zur Anpassung des Polizeigesetzes Nordrhein-Westfalen und des Gesetzes über den Aufbau und Befugnisse der Ordnungsbehörden | [17/2576](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 16. Mai 2018 | Überweisung an den Innenausschuss

Gesetz zur Änderung des EA-Gesetzes NRW | [17/2410](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Mai 2018 | angenommen

Gesetz zur Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes | [17/2114](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Mai 2018 | angenommen

Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des allgemeinen Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 | [17/1981](#), [17/2629](#) und [17/2630](#) | Landesregierung | 2. Lesung am 16. Mai 2018 | angenommen

Gesetz zur Änderung des E-Government-Gesetzes Nordrhein-Westfalen | [17/2575](#) | Landesregierung | 1. Lesung am 17. Mai 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Digitalisierung und Innovation

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Baugesetzbuches in Nordrhein-Westfalen | [17/2566](#) | CDU und FDP | 1. Lesung am 17. Mai 2018 | Überweisung an den Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über das Verbandsklagerecht und Mitwirkungsrechte für Tierschutzvereine Nordrhein-Westfalen – Rückkehr zur deutschen Verwaltungsgerichtsbarkeit | [17/2394](#) | AfD | Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz | in Beratung

Sechstes Gesetz zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes Nordrhein-Westfalen | [17/2351](#) | Landesregierung | Innenausschuss | in Beratung

Gesetz zur Umsetzung des bereichsspezifischen Datenschutzes im Bereich der Justiz (Justizdatenschutz-Anpassungsgesetz) | [17/2350](#) | Landesregierung | Rechtsausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Transplantationsgesetzes (AG-TPG) vom 9. November 1999 in der Fassung vom 13. Februar 2016 | [17/2121](#) | CDU und FDP | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesundheitsfachberufweiterentwicklungsgesetzes | [17/2113](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Modernisierung des Bauordnungsrechts in Nordrhein-Westfalen – Baurechtsmodernisierungsgesetz (BauModG NRW) | [17/2166](#) | Landesregierung |

Ausschuss für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen | in Beratung

Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium (13. Schulrechtsänderungsgesetz) | [17/2115](#) | Landesregierung | Ausschuss für Schule und Bildung | in Beratung

Gesetz zur Änderung des Verfassungsgerichtshofgesetzes | [17/2122](#) | CDU und FDP | Rechtsausschuss | in Beratung

Gleicher Lohn für Gleiche Arbeit – Anpassung der Lehrerbeseoldung an ihre Ausbildung (Lehrerbeseoldungsgleichstellungsgesetz) | [17/1817](#) | SPD | Haushalts- und Finanzausschuss | in Beratung

Gesetz zur Änderung der Verfassung für das Land Nordrhein-Westfalen und wahlrechtlicher Vorschriften (Kommunalvertretungsdemokratisierungsgesetz) | [17/1447](#) | AfD | Hauptausschuss | in Beratung

Ausführungsgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen zur Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes | [17/1414](#) | Landesregierung | Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales | in Beratung

Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes zur Förderung des Klimaschutzes in Nordrhein-Westfalen | [17/1128](#) | AfD | Ausschuss für Wirtschaft, Energie und Landesplanung | in Beratung



Grundlagen der gemeinsamen Anhörung des Ausschusses für Schule und Bildung sowie für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen im Plenarsaal waren das „Gesetz zur Neuregelung der Dauer der Bildungsgänge im Gymnasium“ (17/2115), ein Gesetzentwurf der Landesregierung, sowie der Antrag der SPD-Fraktion „Abitur nach 9 Jahren – (Oberstufen-)Reform richtig angehen“ (17/1818).

Kernpunkte des Gesetzentwurfs sind, so die Landesregierung, „die Leitentscheidung der grundsätzlichen Umstellung auf den neunjährigen Bildungsgang an den öffentlichen Gymnasien, die Regelung einer einmaligen gemeinsamen Entscheidung von Schulkonferenz und Schulträger über die Beibehaltung von G8 sowie die Ermöglichung der individuellen Verkürzung des neuen neunjährigen Bildungsgangs am Gymnasium auch in Gruppen“.

Die SPD-Fraktion fordert in ihrem Antrag u. a. eine einheitliche Gestaltung der Reform. Den Bildungsgang G9 müsse es an allen Gymnasien geben. Zugleich müsse die Oberstufe so reformiert werden, „dass der Regelfall das Abitur nach neun Jahren ist, die Absolvierung nach acht Jahren schulrechtlich aber möglich bleibt“.

Leitentscheidung

Der NRW-Städtetag begrüßte in der Anhörung die Leitentscheidung zu G9 und auch die „vorgesehene einmalige Möglichkeit, ein G8-Gymnasium auf der Grundlage eines qualifizierten Beschlusses der Schulkonferenz und der Zustimmung des Schulträgers fortzuführen“. Der Verband deutscher Privatschulen in NRW sprach sich ebenfalls für eine Wahlmöglichkeit zwischen dem Verbleib in G8 und der Rückkehr zu G9 aus.

Die Wahlmöglichkeit entspreche den Wünschen der Landesregierung, die sie in ihrem Koalitionsvertrag gemacht habe, teilte der Philologen-Verband Nordrhein-Westfalen in seiner Stellungnahme mit. Die in Aussicht gestellte Stärkung von G8-Gymnasien müsse zeitnah konkretisiert werden.

Das Katholische Büro NRW sowie das Evangelische Büro NRW erachten die Beibehaltung des achtjährigen Bildungsganges auch „pädagogisch“ für „richtig“. Kirchliche Schulen, die zu G9 zurückkehren wollten, benötigten die finanzielle Unterstützung des Landes und zudem Planungssicherheit.

Gegen das Nebeneinander von G8 und G9 sprachen sich bei der Anhörung mehrere Verbände aus: Der Verband Bildung und Erziehung NRW etwa forderte in seiner Stellungnahme eine „konsequente Rückkehr zu G9“. Das Nebeneinander zweier Schulformen könne zu Komplikationen führen, u. a. bei einem Schulwechsel, da Lehrpläne nicht kompatibel seien.



Foto: Schälte

SCHWERPUNKT

Zurück zum Abi nach neun Jahren

Sachverständige äußerten sich in Anhörung zu G9

2. Mai 2018 – Es war eine Mammut-Anhörung: Im Mittelpunkt stand die geplante Rückkehr zum neunjährigen Bildungsgang an Gymnasien (G9); rund 40 Sachverständige äußerten sich dazu. Zwei Durchgänge waren erforderlich – der erste von 10 bis 13 Uhr, der zweite ab 14 Uhr. Weitere 27 Sachverständige waren ausschließlich um schriftliche Stellungnahmen gebeten worden.

Die Landeselternschaft der Gymnasien in Nordrhein-Westfalen wies in ihrer Stellungnahme darauf hin, dass die Beibehaltung der achtjährigen Gymnasialzeit zu „zwei unterschiedlichen Qualitätsstandards“ führe. „Dies halten wir für nicht akzeptabel.“ Wollten leistungsstärkere Schülerinnen und Schüler ihre Schulzeit verkürzen, könnten sie z. B. eine Klasse überspringen.

Auch die Landeselternkonferenz NRW sieht „keine Vorteile in der Schaffung paralleler Strukturen“. Ob Eltern ein G8- oder G9-Gymnasium befürworteten, könne vor Ort „sehr emotional geführte Diskussionen“ nach sich ziehen. Es bestehe zudem die Gefahr, dass Schulen aus Kosten- und Realisierungsgründen bei G8 blieben.

Der Deutsche Gewerkschaftsbund NRW und die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft NRW wiesen darauf hin, dass „zwei gymnasiale schulische Subtypen“ eine „grundsätzlich falsche schulpolitische Weichenstel-

lung“ darstellten. Dieser Ansicht waren auch die rheinische sowie die westfälisch-lippische Direktorenvereinigung. Sie regten in ihren Stellungnahmen an, alle Gymnasien ausnahmslos als G9-Gymnasien zu führen.

Ähnlich äußerten sich der NRW-Landkreistag und der Städte- und Gemeindebund in einer gemeinsamen Stellungnahme. Der Anteil der Schulen, die an G8 festhalten wollten, sei „deutlich kleiner als von den Koalitionsparteien offenbar angenommen“.

In der Stellungnahme der Landesschüler*innenvertretung NRW hieß es: „Das gleichzeitige Bestehen von G8- und G9-Gymnasien würde ein weiteres Mal unnötige Unruhe in unser Bildungssystem bringen.“ Stattdessen forderten die Schülerinnen und Schüler eine „flexible Oberstufe, die zwei bis vier Jahre dauern kann“.

tob/zab

Mehr zum Thema lesen Sie auf den Seiten 8 und 9

SCHWERPUNKT

Standpunkte

Meinungen zum Thema „Rückkehr zu G9“



Die Rückkehr zu G9 ...

... ist von einer breiten Mehrheit der Bevölkerung getragen und wird durch die Leitentscheidung der Landesregierung umgesetzt. Nun gilt es, den Umstellungsprozess bestmöglich zu organisieren und das neue G9, beispielsweise durch die längst überfällige Entwicklung neuer Kernlehrpläne, qualitativ hochwertig umzusetzen.

... halten wir für richtig. Die Politik – auch die SPD – hat sich von Wirtschaftsverbänden in eine Verkürzung der Schulzeit treiben lassen. Verschärft haben das CDU und FDP bei der Umsetzung: Sie haben in der Mittelstufe gekürzt und damit den Druck auf die Kinder in der Pubertät damit deutlich erhöht.

Die Option, G8 beizubehalten ...

... ist ein sinnvolles Angebot, welches die Wahlfreiheit von Schülern, Eltern und Lehrern respektiert. Durch die Entscheidungsmöglichkeit der Schulkonferenz wird Schulen mit einem gut funktionierenden achtjährigen Bildungsgang die Möglichkeit eröffnet, dieses System beizubehalten. Auch Schulen, die sich für die Beibehaltung des G8 entscheiden, erhalten zusätzliche Unterstützung für eine qualitativ hochwertige Umsetzung.

..., trägt erneut Unruhe in die Schulen. Eltern und Schülerinnen und Schüler, die selbst nicht betroffen sind, entscheiden über den Bildungsgang ihrer Nachfolger. Im ländlichen Raum gibt es keine Wahlmöglichkeit und in den Städten die zusätzliche Verunsicherung, ob man einen Platz an der gewünschten Schule bekommt.

Die Finanzierung ...

... wird aufgrund des Konnexitätsprinzips in einem transparenten und offenen Verfahren gemeinsam mit der kommunalen Familie sichergestellt. Eine wissenschaftlich fundierte Grundlage für diese Gespräche bietet dabei ein Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Schule und Bildung.

... der Rückkehr zu G9 muss gesichert und die Kosten sollten zeitnah ermittelt werden. Das Gesetz zu G9 und das Gesetz zur Konnexität müssen zwingend zeitgleich wirksam werden. Dies alles muss geschehen, bevor die Schulkonferenzen eine Entscheidung treffen, damit alle handelnden Akteure die genauen Auswirkungen kennen. Und vor allem dürfen die Kommunen nicht unnötig belastet werden.

Schülerinnen und Schüler ...

... stehen im Mittelpunkt unserer Schulpolitik. Immer wieder wurde im Vorfeld der Leitentscheidung der Wunsch geäußert, Schülerinnen und Schülern mehr Zeit bis zum Schulabschluss zu geben. Diesem Wunsch kommt die NRW-Koalition mit dem Gesetzentwurf nach und gibt zugleich leistungsstärkeren Schülerinnen und Schülern die Möglichkeit, auch an einem G9-Gymnasium, alleine oder in Gruppen Klassen zu überspringen.

... wollen mehrheitlich keine starren Bildungsgänge mehr, sondern die Möglichkeit für einen flexiblen Weg zum Abitur. Diese zusätzliche Zeit kann für ein Praktikum, einen Auslandsaufenthalt, ehrenamtliches Engagement oder zum Ausgleich von Defiziten genutzt werden. Dafür sollen Schulen den Rahmen bieten. Wir müssen die Zeit dringend für eine Oberstufenreform nutzen.

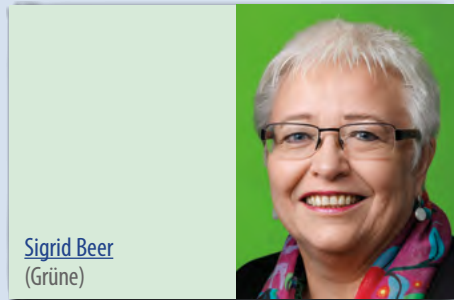


... ist ein notwendiger und richtiger Schritt. Die Akzeptanz für G8 ist in großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr ausreichend vorhanden, sodass die Leitentscheidung für G9 dem Wunsch vieler Eltern sowie Schülerinnen und Schüler entspricht. Wir nehmen die Sorgen und Wünsche der Familien ernst. Bei allen Überlegungen muss stets die Qualität gymnasialer Bildung im Zentrum stehen.

... ist uns ein wichtiges Anliegen. Die Gymnasien, die G8 fortsetzen wollen, sollen diesen Weg auch weiterhin gehen können. Einen Zwang zur Rückkehr zu G9 lehnen wir Freie Demokraten ab. Wir hören auch die Meinung einer qualifizierten Minderheit und stärken die Eigenverantwortlichkeit der Schulen vor Ort. Darauf haben wir uns im Koalitionsvertrag mit der CDU verständigt und dabei bleiben wir auch.

... ist für die Schulträger ein wichtiges Thema. Gleichzeitig zum 13. Schulrechtsänderungsgesetz wird ein Belastungsausgleichsgesetz in Kraft treten. Schulministerin Yvonne Gebauer hat zugesagt, den Trägern ein fairer Partner zu sein. Das Land hat angekündigt, die kommunalen Kosten, die im Rahmen des G9-Gesetzes entstehen werden, zu übernehmen.

... sind der Ausgangs- und Mittelpunkt unserer Bildungspolitik. Der Wunsch nach G9 an Gymnasien entspringt aus der Mitte vieler Schülerschaften und deren Eltern. Im Gesetzesentwurf ist neben der Option für G8 aber auch das sogenannte Springermodell verankert. Leistungsstarken Schülerinnen und Schülern wird damit das Überspringen einer Klasse, auch in Gruppen, ermöglicht.



... ist die Lehre aus einem schwierigen Prozess. CDU und FDP haben den massiven Eingriff in der Sekundarstufe I zu verantworten. Das verlangte Schulen und Schulträgern viel ab. Es gelang dann trotz aller Bemühungen zur Schulentwicklung nicht, die Unzufriedenheit bei Eltern, Schülerinnen und Schülern sowie Lehrkräften aufzulösen. Deshalb tragen wir GRÜNE den Weg zurück zu G9 im Grundsatz mit.

... unterhöhlt die notwendige klare Leitentscheidung für G9. Sie macht Schulwechsel z.B. bei Umzügen schwieriger. Da Schwarz-Gelb im Gesetzentwurf trotz breiter Kritik vorsieht, dass Schulen auch nach 2019 zwischen G8 und G9 wechseln können, sorgt die Landesregierung für weitere Unsicherheit in Schulen und Kommunen. Sie verursacht zudem erheblichen Mehraufwand, da auch für G8 weiter Lehrpläne überarbeitet werden müssen.

... zusätzlicher Lehrerstellen und notwendiger Investitionen darf nicht zulasten anderer Schulformen und der Kommunen gehen. Die Kosten für den erhöhten Raumbedarf (z.B. Klassen-, Differenzierungsräume, Ausstattung, Außenanlagen), aber auch für Schülerfahrkarten und steigende Betriebskosten wie beispielsweise Sekretariate sind konnexitätsrelevant und müssen vom Land in voller Höhe ersetzt werden.

... benötigen in allen Schulen mehr individuelle Förderung und Möglichkeiten, durch individuelle Lernzeiten und Lernwege das Tempo ihrer Lernbiografie zu bestimmen. Ein G8-Zweig ist hierfür nicht der richtige Weg, stattdessen brauchen die Schulen die pädagogische Freiheit, solche individuellen Wege zu ermöglichen, wie es an einigen Gymnasien und Gesamtschulen im Land schon erfolgreich praktiziert wird.



... ist die logische Konsequenz aus der Einsicht, dass der Versuch einer Effizienzsteigerung, der den Betroffenen viel zu lange schwerwiegende Belastungen auferlegt hat, grandios gescheitert ist. Die Beendung der verunglückten Schulzeitverkürzung am Gymnasium ist somit ein begrüßenswerter Schritt, wie ihn die AfD-Landtagsfraktion schon im Juli 2017 in aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht hat.

... bedeutet in erster Linie eine Übertragung von Verantwortlichkeit auf die einzelne Schule; damit würde die Politik die eigene Verantwortung fahrlässig abwälzen. Hinzu käme eine Verunsicherung, die Schüler, Eltern und Lehrer gleichermaßen betraf. Für unser Land benötigen wir jedoch ein grundständiges G9 mit Individualisierungsoptionen.

... einer Rückkehr zu G9 gestaltet sich in Anbetracht der politisch auferlegten Probleme der letzten Jahre schwieriger als nötig. Unabhängig davon können Finanzierungshürden kein Argument sein, die Rückführung dieses Irrwegs infrage zu stellen: Jeder einzelne in die Bildung investierte Euro zahlt sich vielfach aus!

... erhalten durch eine Rückkehr zu G9 die notwendige und so überaus wertvolle Zeit für ihren persönlichen Reifungs- und Entwicklungsprozess zurück. Jungen Menschen wurden durch die Verdichtung der gymnasialen Bildung wertvolle Entfaltungschancen im außerschulischen Bereich entzogen.

Landtag erinnert an die

14. Mai 2018 – Mit einer großen Festveranstaltung hat der Landtag den 70. Jahrestag der Gründung des Staates Israel gefeiert. Grußworte sprachen der israelische Botschafter Jeremy Issacharoff, Ministerpräsident Armin Laschet und Dr. Oded Horowitz, der Vorsitzende des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein.

André Kuper, der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, begrüßte im Beisein der Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth sowie des Vizepräsidenten Oliver Keymis mehrere Hundert Gäste im Plenarsaal – unter ihnen zahlreiche Vertreterinnen und Vertreter des öffentlichen Lebens, u. a. aus Politik, Kultur und Kirche. Ein besonderer Willkommensgruß galt Günther Otten, dessen Großeltern Josef und Maria Otten während der Veranstaltung posthum als „Gerechte unter der Völkern“ geehrt wurden, und Alexandra Nooitrust. Das Ehepaar Otten hatte ihrem Urgroßvater Emanuel Nooitrust während der Nazizeit das Leben gerettet (Bericht unten).

Verlässliche Beziehungen

Die Beziehungen zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen seien verlässlich, sagte der Landtagspräsident: „Die deutsch-israelische

Freundschaft lebt.“ Kuper erinnerte daran, dass der junge Staat noch in der Nacht seines Gründungstages seinen ersten Krieg zu bestehen hatte – „gegen sechs Staaten, die Israel zerstören wollten“. Dank der Unterstützung durch die USA und der Sowjetunion sei dieser Plan nicht aufgegangen. Im Mittelpunkt des Festaktes stehe „das Bekenntnis unserer unzweifelhaften Solidarität, wohlwissend um die großen Herausforderungen und Aufgaben, in die nicht nur der Staat und die Menschen in Israel, sondern in die die ganze Völkergemeinschaft und wir alle gestellt sind“.

Jeremy Issacharoff, der Botschafter des Staates Israel in der Bundesrepublik Deutschland, hob in seinem Grußwort die engen Beziehungen zwischen Israel und Nordrhein-Westfalen hervor. Er erinnerte an zahlreiche Partnerschaften, etwa auf kultureller und sportlicher Ebene. „Diese Freundschaft besteht nicht nur auf dem Papier“, sagte der Botschafter. Von



Günther Otten und Alexandra Nooitrust mit einem Foto von Maria und Josef Otten, die posthum als „Gerechte unter den Völkern“ ausgezeichnet wurden.

Gründung des Staates Israel vor 70 Jahren

großer Bedeutung seien der Austausch und die Begegnungen gerade junger Menschen. Wichtig sei aber auch, sich zu erinnern und aus der Vergangenheit zu lernen: „Wir können die Vergangenheit nicht ändern, aber die Vergangenheit kann uns ändern.“

Ministerpräsident Armin Laschet sprach von einem „besonderen Tag“. Kein anderes Bundesland pflege so kontinuierliche, so enge und freundschaftliche Beziehungen zu Israel wie Nordrhein-Westfalen: „Alle nordrhein-westfälischen Landesregierungen haben sich mit besonderem Engagement für die Verständigung und Zusammenarbeit mit Israel eingesetzt.“ Wie Botschafter Issacharoff wies auch Laschet auf die Bedeutung des Jugendaustauschs hin. Diese Begegnungen seien wichtig für eine Generation, „für die der Holocaust immer weiter weg ist“.

„70 Jahre Israel stehen für Pioniergeist, für einen unbeugsamen Willen, für ökonomischen und wissenschaftlichen Erfolg, für eine demokratisch geprägte, vitale, junge und lebensbejahende Gesellschaft, für Toleranz, Akzeptanz und Vielfalt, für Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft“, sagte Dr. Oded Horowitz, Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Ge-



Fotos: Schälte

Landtagspräsident André Kuper (rechts) mit Dr. Oded Horowitz (Vorsitzender des Landesverbandes der Jüdischen Gemeinden von Nordrhein), Ministerpräsident Armin Laschet und Botschafter Jeremy Issacharoff (von links).

meinden von Nordrhein. Was Israel jetzt aber vor allem brauche, seien „verlässliche Partnerinnen und Partner, Freundinnen und Freunde“. Für den musikalischen Rahmen der Festver-

anstaltung sorgten der Kinderchor der Kulturakademie der Jüdischen Gemeinde Düsseldorf sowie das Streichquartett der Robert-Schumann-Musikhochschule Düsseldorf. *zab*

„Liebe Großeltern, das habt ihr gut gemacht“

Die Holocaust-Gedenkstätte Yad Vashem in Jerusalem hat im Auftrag des Staates Israel bislang rund 26.500 nicht-jüdische Menschen als „Gerechte unter den Völkern“ anerkannt, darunter 601 Deutsche. Sie alle hatten während der Nazizeit Mut bewiesen und ihr Leben riskiert, um jüdischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern das Leben zu retten, ohne daraus einen persönlichen Vorteil oder Gewinn zu ziehen. Bei der Festveranstaltung im Landtag wurde das Düsseldorfer Ehepaar Josef und Maria Otten posthum als „Gerechte“ geehrt. Ihr Enkelsohn Günther Otten nahm die Yad-Vashem-Medaille und die Urkunde entgegen.

Maria (1904-1959) und Josef Otten (1903-1979) – sie Hausfrau, er gelernter Mechaniker – hatten von Herbst 1944 an den Juden Emanuel

Nooitrust in ihrem Keller versteckt und mit Lebensmitteln versorgt, später auch dessen Bruder Salomon. Das Ehepaar habe ständig mit der Gefahr gelebt, denunziert zu werden, sagte Sandra Witte von der Botschaft des Staates Israel in einer bewegenden Ansprache. Dennoch hätten Josef und Maria Otten „in der dunkelsten Zeit der Geschichte Menschlichkeit bewahrt“.

Günther Otten, Enkelsohn der Geehrten, richtete einige Worte im Namen seiner Familie an die Gäste der Festveranstaltung. Die posthume Auszeichnung sei eine große Ehre, sagte Otten. Seine Großeltern hätten den Mut gehabt, „der Stimme ihres Gewissens zu folgen“ und sich von ihrem Mitgefühl leiten lassen. „Liebe Großeltern“, sagte Otten, „das habt ihr gut gemacht.“ *zab*



Die Yad-Vashem-Medaille für Josef und Maria Otten.

Sitzung

AUS DEN FRAKTIONEN

Beiträge in alleiniger Verantwortung der Fraktionen

Ein Jahr nach der Landtagswahl – Wir halten unsere Versprechen

Der Koalitionsvertrag bildet die Grundlage für die Zusammenarbeit der Regierungsfractionen von CDU und FDP. Leitbild für die Umsetzung der vereinbarten Ziele bleibt für die 72 Abgeordneten der CDU-Fraktion unser Wahlkampf-motto „Zuhören. Entscheiden. Handeln.“ Die Ergebnisse der bisherigen guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit mit der Landesregierung liegen vor und wir freuen uns auf die gemeinsame Umsetzung des Vereinbarten in den kommenden vier Jahren. Wir halten, was wir versprechen!

Wir machen NRW sicherer Wir haben mehr Beamtinnen und Beamte eingestellt und entlasten die Polizei durch Polizeiverwaltungs-assistenten. Mehr Mittel für bessere Ausstattung, eine Null-Toleranz-Linie und wirksame rechtliche Werkzeuge durch ein überarbeitetes

Polizeigesetz schaffen die Voraussetzung, um Kriminalität und Terrorismus gezielt zu bekämpfen.

Wir machen NRW schlauer Die Leitentscheidung für das Abitur nach 9 Jahren gibt Planungssicherheit und gewährleistet Wahlfreiheit für Schüler, Eltern und Lehrer. Keine zentralistische Entscheidung aus Düsseldorf, sondern Respekt vor einer Entscheidung der Schulkonferenz vor Ort. 600 zusätzliche Stellen für Grundschulen und 8.000 zusätzliche OGS-Plätze verbessern die Situation an unseren Schulen und berücksichtigen die Lebenswirklichkeit vieler Familien.

Wir entfesseln NRW Rot-Grün hat den Wirtschaftsriesen NRW mit überzogenen bürokratischen Regeln gefesselt. Mit der Streichung überflüssiger Gesetze und Verordnungen so-

wie der maßvollen Überarbeitung bestehender Hemmnisse bringen wir NRW wieder in Fahrt!

Entfall der belastenden „Hygiene-Ampel“, Einführung der elektronischen Gewerbeanmeldung, vereinfachte Vergaberegulungen bei Aufträgen der öffentlichen Hand, Eckpunkte für einen „GigabitMasterplan“ und Rekordinvestitionen gegen Rekordstaus sind unsere Antworten für mehr Wachstum und mehr Arbeitsplätze.



Die Landtagsfraktion
CDU

Baurechtsmodernisierungsgesetz: Etikettenschwindel der Landesregierung

Mit dem Baurechtsmodernisierungsgesetz betreibt die Mitte-Rechts-Regierung Etikettenschwindel. Was mit diesem Gesetz erreicht werden soll, ist kein Schritt nach vorn, sondern ein Riesenschritt zurück. NRW wird mit einem solchen Gesetz den Besonderheiten in unserem vielfältigen Land nicht gerecht. Die Landesbauordnung, die der Gefahrenabwehr beim Bauen dient und allen Menschen ein sicheres und gutes Wohnen ermöglichen soll, wird zu einem Privileg für wenige. Das ist nicht hinnehmbar! Dieser Gesetzentwurf ist unausgegoren und handwerklich schlecht gemacht. Wir fordern mehr Rücksicht gegenüber den Belangen von Men-



Sven Wolf (SPD)

schen mit Handicap, den Verbraucherrechten der Bauherren und dem Klima in unseren Städten und Gemeinden ein. Von Modernisierung kann in dem Gesetz keine Rede sein. Ob Barrierefreiheit, Brandschutz, Bauherrnschutz oder Abstandsflächen: Es kommt zu Verschlechterungen gegenüber dem Entwurf von 2016 und sogar gegenüber der noch geltenden

Landesbauordnung aus dem Jahr 2000.

Tritt dieser Entwurf in Kraft, werden die Gerichte viel zu tun bekommen, denn er schafft an vielen Stellen Rechtsunsicherheit statt Klarheit. Das geht zulasten aller Beteiligten. Viele Baurechtsexperten, die unsere Anhörung im Landtag bereicherten, teilen diese

Auffassung aus vielerlei Gründen. Viele der jetzigen Regeln haben sich bewährt und wahren den Ausgleich zwischen dichtbesiedelten und ländlichen Räumen.

Die Landesregierung ist gut beraten, ihren unausgegorenen Gesetzentwurf zurückzunehmen und die vom Landtag im Dezember 2016 beschlossene Landesbauordnung endlich in Kraft zu setzen. Es ergibt mehr Sinn, das in alle Interessenrichtungen austarierte Gesetz von 2016 wirken zu lassen, nach zwei Jahren zu überprüfen und dann eine qualifizierte Fortschreibung vorzunehmen. Das wäre seriöse Baupolitik im Interesse des Landes und seiner Menschen.

NRW
DIE FRAKTION

SPD

Mobilitätsforum der FDP-Fraktion zum Zukunftsthema autonomes Fahren

Im Auto ohne menschliches Zutun zur Arbeit oder in den Urlaub fahren – für manche Zukunftsmusik, beim 3. Mobilitätsforum der FDP-Landtagsfraktion Gegenstand eines konstruktiven und informativen Austausches mit Experten und über 250 Besucherinnen und Besuchern im Plenarsaal. Automatisiertes Fahren, vernetztes Fahren, autonomes Fahren – es sind viele verschiedene Stufen, bevor das Auto eigenständig fährt. „Die FDP-Fraktion will NRW fit für die Zukunft machen“, sagte Bodo Middeldorf, Sprecher für Verkehr der FDP-Landtagsfraktion. Die Freien Demokraten stehen dabei Wissenschaft, Unternehmen, Startups und Kommunen als Ansprechpartner zur Verfügung. „Die NRW-Koalition hat bei der Infrastruktur schon konkret gehandelt und mit dem ersten Gestaltungshaushalt die Investitio-



nen in Erhalt und Ausbau aufgestockt sowie die Planungskapazitäten ausgeweitet“, betont der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion, Christof Rasche.

In einer neuen Abteilung des NRW-Verkehrsministeriums sowie dem Digitalministerium von Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart wird das Zeitalter der Mobilität der Zukunft

Schritt für Schritt eingeläutet. Verkehrsminister Hendrik Wüst (CDU) wies beim Mobilitätsforum auf die enormen Vorteile für den ländlichen Raum durch autonomes Fahren hin. Als Experten zeigten Prof. Dr. Michael Schreckenberg von der Universität Duisburg-Essen, Ford-Deutschlandchef Gunnar Herrmann, Oliver Tuszik, CEO von Cisco Deutschland, sowie Frank Sportolari von UPS Deutschland die enormen Potentiale des autonomen Fahrens und die Vielschichtigkeit des Themas auf. Einig waren sich bei der Veranstaltung alle: Die Mobilität von morgen muss heute gestaltet werden.



Großer Andrang und spannender Austausch beim Grünen Frühlingsempfang im Landtag NRW

„Macht Schwarz-Gelb weiter Feuer unterm Hintern“ – diese Bitte hat Annalena Baerbock ihren NRW-Kolleg*innen mit Blick auf ein Jahr CDU/FDP-Regierung und erfolgreiche Oppositionsarbeit im NRW-Landtag mit auf den Weg gegeben. Die Bundesvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen war eine von zahlreichen Gästen auf dem ersten Grünen Frühlingsempfang im Landtag Nordrhein-Westfalen.



Mehr als 300 Vertreter*innen von Verbänden, Initiativen, aus der Wirtschaft, von Gewerkschaften und Glaubensgemeinschaften sind der Einladung der Landtagsfraktion in die Wandelhalle gefolgt. „Wir haben es geschafft, uns neu aufzustellen, in die Opposition zu starten und Dinge voranzubringen“, sagte der Fraktionsvorsitzende Arndt Klocke zur Begrüßung und erinnerte knapp ein Jahr nach der Landtagswahl 2017 an den Erhalt des Sozialtickets und der Flüchtlingsberatung. Seine Amtskollegin Monika Düker ergänzte: „Bei allem rund um die Themen Ökologie, Tier- und Klimaschutz, Energie und Mobilität beobachten wir mit Sorge, dass das, was wir in Grüner Regierungsverantwortung vorangebracht haben, schrittweise wieder zurückgebaut wird. Da werden wir als starke Grüne Oppositionskraft dagegenhalten.“

Neben spannenden Gesprächen und vielen Wiedersehen gab es auch eine Verabschiedung: Nach über einem Vierteljahrhundert in der Landespolitik – unter anderem als Landesvorsitzende, Abgeordnete und Ministerin – hat Barbara Stefens, zuletzt Sprecherin für Umwelt- und Verbraucherschutz der GRÜNEN Landtagsfraktion, ihr Mandat abgegeben. Die beiden Fraktionsvorsitzenden dankten ihr für ihren jahrelangen Einsatz und begrüßten ihren Nachfolger: Stefan Engstfeld engagiert sich nun erneut als Parlamentarier für Grüne Politik in NRW.



AfD-Landtagsfraktion NRW: Das erste Jahr

Als die Frauen und Männer der AfD NRW am 14. Mai 2017 zum ersten Mal den Düsseldorfer Landtag betraten, waren sie auf vieles vorbereitet: eine steile Lernkurve, sehr viel Arbeit, harte inhaltliche Debatten, auch Ablehnung und Skepsis seitens des politischen Gegners.

Womit sie nicht gerechnet hatten, war diese undifferenzierte Ausgrenzung durch die etablierten Parteien, wie sie bis heute anhält. Und auch nicht der Umstand, dass eine sachliche Auseinandersetzung über wichtige Themen stets hinter die rein persönliche gestellt wird. Weshalb in dem ganzen Jahr keinem einzigen Antrag der AfD zugestimmt wurde, von keiner Fraktion.

Schon als die seit Bestehen des Landtags gepflegte Praxis bei der Präsidiumsbesetzung wegen und zulasten der AfD geändert wurde, bekamen wir einen Vorgeschmack auf das, was



uns in der Folgezeit erwarten sollte. Ein Ende dieser demokratisch äußerst fragwürdigen Praxis ist nach wie vor nicht in Sicht.

„All das wird uns nicht davon abbringen, unsere konstruktive Arbeit konsequent fortzusetzen“, verspricht der Fraktionsvorsitzende Markus Wagner. „So werden unsere eigenen Anträge weiterhin ausschließlich unter dem Ge-

sichtspunkt reiner Vernunft und einer pragmatischen Realitätswahrnehmung gestellt, gleichzeitig werden wir auch künftig jedem Antrag, der vernünftig und zielführend ist, zustimmen – unabhängig davon, wer ihn einbringt.“

Doch es gibt auch Positives zu berichten. Einhellig lobt die Fraktion das professionelle, neutrale, überparteiliche und äußerst kompetente Wirken der Landtagsverwaltung in nahezu allen Bereichen. Dafür unser ausdrücklicher Dank auch an dieser Stelle. Wir wissen, es bleibt schwierig. Doch wir freuen uns auf die kommenden Jahre im Landtag NRW.





Foto: Schälte

AUS DEN AUSSCHÜSSEN

Abwicklung der WestLB

3.5.2018 – Vorstandsmitglieder der Portigon AG haben im Haushalts- und Finanzausschuss über die Abwicklung der ehemaligen WestLB berichtet. Portigon wurde 2012 als Rechtsnachfolger der landeseigenen Bank gegründet, um diese abzuwickeln – ein bis heute andauernder Prozess: Die Verwaltungsaufgaben und die Zahl der Mitarbeitenden wurden 2017 den Angaben zufolge bei Portigon um rund 40 Prozent reduziert sowie Niederlassungen in Mailand und Hongkong geschlossen. Ende 2017 gab es bei Portigon nur noch 153 Mitarbeitende; bei der WestLB waren es sechs Jahre zuvor 4.188. Da wegen Ermittlungen im Zusammenhang mit sogenannten Dividendenarbitrage-Geschäften der WestLB noch Strafverfahren anhängig seien, habe Portigon vorsorglich Rückstellungen für mögliche Steuernachzahlungen in Millionenhöhe vorgenommen.

Westspiel-Casinos

3.5.2018 – Der Haushalts- und Finanzausschuss hat sich auf Antrag der SPD-Fraktion in einer Aktuellen Viertelstunde mit Plänen der Landesregierung für den Verkauf der landeseigenen „Westdeutsche Spielbanken GmbH“ (Westspiel) befasst. Westspiel betreibt in NRW Casinos in Aachen, Bad Oeynhausen, Duisburg und Dortmund. Finanzminister **Lutz Lienenkämper** (CDU) bestätigte Presseberichte, denen zufolge alle Westspiel-Casinos privatisiert werden sollen; der landeseigene Kunstbestand solle allerdings „nicht mitverkauft“ werden. Im Landeskabinett solle zeitnah ein entsprechender Grundsatzbeschluss getroffen werden. Anschließend könnten alle Fraktionen zu den Rahmenbedingungen Stellung nehmen. Nötig sei u. a., das Spielbankgesetz NRW vor einem etwaigen Verkauf anzupassen. Die Fraktionsvorsitzende der Grünen, **Monika Düker**, kritisierte das geplante Vorgehen,

zunächst einen Grundsatzbeschluss zu treffen und erst danach die Rahmenbedingungen für einen Verkauf festlegen zu wollen. Sie äußerte den Verdacht, die FDP wolle die Interessen des Glückspielunternehmers Paul Gauselmann bedienen, der womöglich als Käufer von Westspiel infrage komme. **Ralf Witzel** (FDP) entgegnete, dass es im Falle einer Privatisierung ein europaweites Vergabeverfahren geben werde. Es sei zuletzt ein „ökonomischer Niedergang“ bei Westspiel zu beobachten gewesen. **Jochen Klenner** (CDU) merkte an, dass die Westspiel-Casinos „nicht zukunftssicher“ aufgestellt seien; Ex-Wirtschaftsminister Garrelt Duin (SPD) habe daher bereits eine Privatisierung angestrebt. **Stefan Zimkeit** (SPD) wies darauf hin, dass Kommunen und die Stiftung Wohlfahrtspflege NRW von hohen Spielbankabgaben der Casinos profitierten. Fünf Tage nach der Ausschusssitzung hat das Landeskabinett den von Lienenkämper eingebrachten Grundsatzbeschluss zur Privatisierung von Westspiel gefasst. Die Spielbankabgabe soll erhalten bleiben.

Weiter Englischunterricht

9.5.2018 – An nordrhein-westfälischen Grundschulen wird auch in Zukunft Englisch unterrichtet. Den Antrag der AfD-Fraktion, das Fach zu streichen, hat der Ausschuss für Schule und Bildung mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen ebenso abgelehnt wie der mitberatende Wissenschaftsausschuss. Die AfD-Fraktion hatte den Englischunterricht in der Primarstufe abschaffen und dafür die Fächer Deutsch und Mathematik stärken wollen. Seit 2003 werde an allen deutschen Grundschulen Englisch unterrichtet, die Richtlinien seien aber von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich, hieß es im Antrag (17/794). Experten hätten die Qualität des Unterrichts kritisiert, zudem sei er nicht altersgerecht. Studienergebnisse legten nahe, dass ein

früher Beginn des Englischunterrichts für die weitere Schullaufbahn „keine nennenswerten Vorteile“ bringe. Die anderen Fraktionen teilten diese Auffassung nicht und verwiesen u. a. auf eine Sachverständigenanhörung zum Thema. Die Landesregierung teilte mit, dass der Englischunterricht in der Primarstufe „systematisch verbessert“ werden solle. Das Plenum wird sich mit dem Antrag nicht mehr befassen.

Verzögerte Vollstreckung

9.5.2018 – Die mutmaßliche Vergewaltigung einer jungen Frau in einem Sonderzug für Fußballfans stand im Rechtsausschuss auf der Tagesordnung. Die Frau befand sich am 15. April 2018 auf der Rückreise vom Bundesligaspiel des FC Bayern München gegen Borussia Mönchengladbach, als es auf der Zugtoilette zu dem Sexualdelikt gekommen sein soll. Die Landesregierung bestätigte in ihrem Bericht (Vorlage 17/761), dass der Beschuldigte u. a. wegen einer anderen Vergewaltigung rechtskräftig zu einer Freiheitsstrafe verurteilt worden war und die Strafe zum Tatzeitpunkt noch nicht angetreten hatte. Das Amtsgericht Mönchengladbach habe den Mann am 13. April 2016 verurteilt, das dortige Landgericht dessen Berufung am 22. Mai 2017 verworfen und das Oberlandesgericht Düsseldorf die Revision des Beschuldigten am 29. November 2017 als unbegründet abgelehnt. Die Staatsanwaltschaft Mönchengladbach habe die Akte aber erst am 17. April 2018 vom Amtsgericht zurückerhalten, zuvor seien Verfahrenskosten geklärt worden. Der Zeitraum zwischen Rechtskraftbescheinigung und Einleitung der Vollstreckung sei zu lang gewesen, so die Landesregierung. In den Geschäftsbereichen der nordrhein-westfälischen Oberlandesgerichte bzw. Generalstaatsanwaltschaften sollen die Verfahrensabläufe nun überprüft werden. Die Einleitung der Strafvollstreckung habe grundsätzlich Vorrang vor anderen Dienstgeschäften.

Gedenkfeier in Venray

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, hat am 4. Mai 2018 an einer Gedenkfeier für die Opfer von Krieg und Gewalt im niederländischen Venray teilgenommen. Mit der Befreiung am 5. Mai 1945 endete für die Niederlande die fünfjährige Besetzung durch die nationalsozialistische Schreckensherrschaft. Der Präsident, der auf Einladung des Bürgermeisters der niederländischen Kleinstadt in die Provinz Limburg reiste, legte im Anschluss an die Gedenkfeier einen Kranz am Mahnmal der Kriegsgräberstätte Ysselsteyn nieder. In Ysselsteyn befindet sich der größte Soldatenfriedhof der Niederlande und zugleich der einzige Friedhof für deutsche Soldaten. Der Präsident sagte: „Es ist ein unermesslich großes Geschenk, dass uns unsere niederländischen Nachbarn nach den Schrecken beider Weltkriege die Hände zur Versöhnung gereicht haben. Die Kriegsgräberstätte Ysselsteyn, wo mehr als 31.000 gefallene deutsche Soldaten ihre letzte Ruhestätte fanden, zeugt davon. Unser Innehalten und Gedenken heute ist zugleich eine Mahnung, dass in vielen Ländern der Welt auch heute Menschen unter Krieg, Gewalt und Terror leiden. Orte wie die Kriegsgräberstätte Ysselsteyn sind uns Verpflichtung zum Frieden und zur Demokratie.“

Kuratorium zum „Haus der Geschichte“

In Düsseldorf hat am 26. April 2018 die konstituierende Sitzung des Kuratoriums stattgefunden, das die Arbeit der Planungsgruppe „Geschichte, Politik und Demokratie Nordrhein-Westfalens“ des Landtags begleiten soll. Dem Kuratorium gehören der Präsident des Landtags, André Kuper, die Vizepräsidentinnen Carina Gödecke und Angela Freimuth, Vizepräsident Oliver Keymis sowie Dr. Stefan Nacke, Dr. Marcus Optendrenk (beide CDU-Fraktion), Elisabeth Müller-Witt, Prof. Dr. Rainer Bovermann (beide SPD-Fraktion), Lorenz Deutsch (FDP-Fraktion) und Josefine Paul (Grünen-Fraktion) an. Der Landtag hatte im Januar auf Antrag der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen die parteiübergreifende und unabhängige Planungsgruppe zum Thema „Geschichte, Politik und Demokratie Nordrhein-Westfalens“ eingesetzt. Zu ihren Aufgaben gehört die Entwicklung eines Konzepts für ein „Haus der Geschichte Nordrhein-Westfalens“ als Verbindung von Forschungsinstitut und Museum.

Porträt: Arndt Klocke (Grüne)

Die Sitzung im Verkehrsausschuss war gerade vorbei, da twitterte Arndt Klocke es in alle Welt: Die Landesregierung wolle das Sozialticket abschaffen – eben jenes Ticket, für das die Grünen sich jahrelang so stark gemacht hatten; sozial benachteiligte Menschen können damit vergünstigt im öffentlichen Nahverkehr fahren. Noch immer ist Arndt Klocke fassungslos, als er mehr als ein halbes Jahr später im Kreisbüro der Grünen am Ebertplatz in Köln sitzt. Als er im Herbst seinen Tweet verschickte, reagierten darauf Tausende Menschen. Ein fulminantes Echo. Der Rest ist bekannt: Der Widerstand wuchs, die Regierung ruderte zurück, das Sozialticket blieb. Und wieder einmal hatte sich für Arndt Klocke gezeigt, dass er wach sein muss als Politiker – und er auch in der Rolle der Opposition etwas erreichen kann. „Ich trete an, um etwas zu bewegen“, sagt der gebürtige Ostwestfale.

Seit 2010 ist Klocke Abgeordneter im Landtag, Schwerpunkte: Verkehr, Hochschule, Bauen und Wohnen. Im Mai 2017 wurde er zum Fraktionsvorsitzenden gewählt und bildet seitdem mit Monika Düker die Doppelspitze der Grünen. Mehr als ein halbes Dutzend Termine habe er im Schnitt pro Tag, zudem die Debatten und seine Reden im Plenum, die er aus einer „kritisch-konstruktiven Haltung“ der Opposition hält, wie er es nennt. Hinzu kommen Hintergrundgespräche, Vernetzungstreffen mit Grünen-Politikern aus Bund und Ländern sowie Besuche vor Ort in ganz Nordrhein-Westfalen. Ja, sein Kalender sei „rappellvoll“, sagt der 47-Jährige. Bei Arbeitstagen von zwölf bis 14 Stunden müsse er darauf achten, dass die Belastung nicht zu groß werde. Aber er habe auch gelernt, seine „Work-Life-Balance“ im Blick zu halten.

Es klingt eher nebensächlich, wie er erzählt, worüber andere lieber schweigen, zumal als Spitzenpolitiker: In der Vergangenheit habe er mit Depressionen zu kämpfen gehabt; vor vier Jahren sei er wegen eines Burn-outs zwei Monate stationär in Behandlung gewesen. Im Dezember 2017 erzählte Klocke einem Reporter davon und machte ein Tabuthema öffentlich, um ein Zeichen zu setzen. Und das Echo sei überwältigend gewesen: Auf den Zeitungsartikel habe er mit Abstand die meisten Rückmeldungen in seiner Zeit als Politiker bekommen. Nicht nur in virtuellen Netzwerken, auch in Briefen und Gesprächen werde er darauf angesprochen, bis heute. „Es ist ja ein gesellschaftliches Thema, das sehr viele Menschen betrifft“, sagt Klocke, der eine Debatte anstoßen möchte. „Wir brauchen in Nordrhein-Westfalen dringend mehr psychologische Beratungsstellen und Therapieplätze.“



Er selbst ist wieder gesund und voll belastbar. Damit das auch so bleibt, sei wichtig, sich auch mal einen freien Nachmittag zu gönnen: mit Yoga, Fahrrad fahren am Rhein oder einem Museumsbesuch; oft gemeinsam mit seinem Lebensgefährten, dem Grünen-Bundestagsabgeordneten Sven Lehmann. Ein paar Stunden genügen, um die Akkus aufzuladen. „Ich erhole mich schnell“, sagt Klocke, als er auf dem grünen Sofa im Büro sitzt, mit Polohemd, Jeans und weißen Sneakern.

Bei seinen Aufgaben als Fraktionsvorsitzender hilft ihm seine politische Erfahrung: Klocke wuchs in einem SPD-nahen Elternhaus auf, der Vater war Stadtkämmerer in Vlotho, die Mutter Einzelhandelskauffrau. Während der Schulzeit kam er über eine Freundin in Kontakt mit den Grünen und fand in den 1980er-Jahren dort seine politische Heimat. Er leitete den Kreisverband der Partei in Münster, bevor er Ende der 1990er-Jahre nach Köln zog, um dort das Wahlkreisbüro der Bundestagsabgeordneten Kerstin Müller und Volker Beck zu leiten. Die Zeiten haben sich geändert, aber die Ziele sind geblieben: ökologisch, sozial und gerecht – das seien nach wie vor die Grundsätze der Grünen, sagt Klocke. Und so will er die Fraktion mit der Landtagswahl 2022 wieder in die Regierung führen. Und dann? Nein, er müsse nicht sein Leben lang als Politiker arbeiten, auch wenn das ein Herzensanliegen sei. Er könne sich auch vorstellen, Akzente woanders zu setzen, etwa in der genossenschaftlichen Wohnungswirtschaft oder bei Projekten zur Verkehrswende. Hauptsache, etwas bewegen und weiter engagiert zu Werke gehen. *Thomas Becker*

Zur Person

Arndt Klocke (47) ist Fraktionsvorsitzender der Grünen im nordrhein-westfälischen Landtag. Er lebt in Köln.

Kurz notiert

Landeshauptstadt

Bereits zum 10. Mal hat am 15. Mai 2018 der Parlamentarische Abend der Landeshauptstadt Düsseldorf stattgefunden. Der Präsident des Landtags, André Kuper, und Oberbürgermeister Thomas Geisel hatten dazu u. a. die Mitglieder des Landesparlamentes und des Stadtrates der Landeshauptstadt Düsseldorf in das Rathaus eingeladen. Der Präsident des Landtags sagte: „Ich freue mich, dass wir heute Abend die schöne Tradition des Parlamentarischen Abends der Landeshauptstadt Düsseldorf hier im Rathaus fortsetzen können. Die Stadt Düsseldorf und die Düsseldorferinnen und Düsseldorfer sind seit mehr als 70 Jahren gute Gastgeber für den Landtag und die Abgeordneten.“

Jugend debattierte

Im Plenarsaal des Landtags sind am 9. Mai 2018 die Sieger im Landeswettbewerb „Jugend debattiert“ gekürt worden. In der Altersklasse I (Klassen 8 bis 9/10) setzte sich Jana Freiburg vom Anne-Frank-Gymnasium in Aachen durch, in der Altersklasse II (Klassen 10/11 bis 13) Cedric Hoyer vom Gymnasium Remigianum in Borken. Für sie geht es nun zum Bundesfinale in Berlin. Insgesamt hatten sich in den beiden Altersgruppen je vier Jugendliche für das Landesfinale qualifiziert. Sie debattierten die Themen „Soll eine Kennzeichnungspflicht für Fahrräder eingeführt werden?“ und „Soll e-Sport in Deutschland als Sportart anerkannt werden?“

Metropolit

Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, André Kuper, hat am 8. Mai 2018 den Metropoliten der griechisch-orthodoxen Kirche von Deutschland und Exarchen von Zentraleuropa, Dr. h.c. Augoustinos, im Landesparlament empfangen. Der Präsident hob die Bedeutung der griechisch-orthodoxen Kirche hervor und sagte: „Ich freue mich über den Besuch des Metropoliten von Deutschland im Landtag. Das Miteinander der christlichen Kirchen sowie der Religionsgemeinschaften in Nordrhein-Westfalen ist wichtig für den Zusammenhalt der Gesellschaft.“ Seit 1980 steht der Metropolit Augoustinos der griechisch-orthodoxen Kirche Deutschlands vor.

Neue Ausgabe

Die nächste Ausgabe der Parlamentszeitschrift Landtag Intern erscheint nach den nächsten Plenarsitzungen am 19. Juni 2018.

Gestorben

23.4. Wilhelm Riebinger (CDU/75)
MdL 1991-1998

Auf einen Kaffee und einen Plausch

„DRK – kein kalter Kaffee“: Unter diesem Motto hat das Deutsche Rote Kreuz am 8. Mai 2018 Kaffee im Landtag ausgegeben – und nicht nur dort, sondern auch an vielen anderen Orten landesweit. Mit der Aktion wollte die Organisation Danke für die Unterstützung beispielsweise durch Blutspenden sagen und mit den Bürgerinnen und Bürgern über ihre Arbeit ins Gespräch kommen. Am 8. Mai, dem Geburtstag des Rote-Kreuz-Gründers Henry Dunant, findet alljährlich der Weltrotkreuztag statt.
Foto: Schälte

